



An den Grossen Rat

24.5060.02

GD/P245060

Basel, 1. April 2026

Regierungsratsbeschluss vom 31. März 2026

## Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend «Massnahmen zur Unterstützung von Long Covid Erkrankten»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 17. April 2024 den nachstehenden Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

«Gemäss Studien, die vom Bundesamt für Gesundheit in Auftrag gegeben wurden, sind 20% der Erwachsenen, die sich in der Schweiz mit SARS-CoV-2 angesteckt haben von der Folgekrankheit Long Covid betroffen<sup>1</sup>. Sie haben ihre alte Leistungsfähigkeit nicht zurückerlangt und sind im Alltag und im Beruf nicht bzw. wenig belastbar. Die langfristigen individuellen gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen, auch z.B. für die Invalidenversicherung sind laut der nationalen Covid Task Force noch nicht abzuschätzen<sup>2</sup>. Expert\*innen schätzen, dass sich auch die Anzahl an Myalgische Enzephalomyelitis/Chronische Fatigue-Syndrom erkrankten Personen seit der COVID-19 Pandemie verdoppelt hat<sup>3</sup>. Der Bundesrat hat in der Beantwortung von Vorstössen im nationalen Parlament erklärt, dass die Zuständigkeit der Prävention und der Behandlung, sowie der finanziellen Absicherung von Betroffenen, die durch die Krankheit erwerbsunfähig werden, bei den Kantonen liege<sup>4</sup>.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten zu berichten und zu prüfen,

1. Wie die Sensibilisierung und Aufklärung für Long Covid im Kanton Basel- Stadt bei Fachpersonen im Gesundheitswesen und in den Sozialversicherungen erhöht werden kann? Welche Möglichkeiten sieht die Regierung, damit die Diagnosestellung von Long Covid beschleunigt wird?
2. Wie stellt sich die Regierung zur zukünftigen Versorgungslage bei den Kompetenzzentren und Spezialsprechstunden für Long Covid sowie ME/CFS im Kanton Basel- Stadt?
3. Ob und wie sich der Kanton Basel- Stadt an Studien, die Long Covid und ME/CFS erforschen, wie es beispielsweise die EU tut, beteiligen kann?<sup>5</sup>
4. Sind der Regierung Projekte zur Verbesserung der Versorgungslage von Long Covid-Patient\*innen aus anderen Kantonen bekannt? Und was kann davon in Basel- Stadt übernommen werden?
5. Wie kann der Kanton Einfluss darauf nehmen, dass Betroffene aufgrund des langwierigen Prozesses keine Rückfälle (Post-Exertional-Malaise, PEM) im Krankheitsverlauf erleiden?
6. Wie können Arbeitgeber im Kanton Basel- Stadt dafür sensibilisiert werden, dass ein Wiedereinstieg aus Sicht medizinischer Expert\*innen meist tiefprozentig und auf die Woche verteilt stattfinden sollte?
7. Wie stellt sich das Gesundheits- und Sozialdepartement zum Vorschlag, dass temporäre Unterstützungsleistungen (eine Art temporäre IV-Rente) in speziellen Fällen wie schwerem Long Covid oder schwerem ME/CFS ausgesprochen werden können?
8. Die Long-Covid-Sprechstunden sind gemäss medizinischen Expert\*innen anspruchsvoll und benötigen viel Zeit, sowie ein interprofessionelles Team. Werden diese Kosten in den Augen der Regierung aktuell im Tarmed genügend abgebildet?

9. Gibt es aus Sicht der Regierung genügend spezialisierte ambulante, rehabilitative Massnahmen sowie genügend ambulante Pflegeunterstützung im Umgang mit Menschen mit Long Covid und ME/CFS? Falls nein, wie kann dies verbessert werden?

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.corona-immunitas.ch>

<sup>2</sup> Vgl. <https://scienctaskforce.ch/en/scientific-update-of-15-february-2022/>

<sup>3</sup> Vgl. <https://www.mecfs.de/was-ist-me-cfs/>

<sup>4</sup> Vgl. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20203671>

<sup>5</sup> Gemäss bundesrätlicher Antwort auf die oben erwähnte Interpellation hat die EU einen Entschliessungsantrag zu zusätzlichen Finanzmitteln für die biomedizinische Forschung zur Krankheit ME/CFS mit einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Forschung angenommen.

Jessica Brandenburger, Georg Mattmüller, Fleur Weibel, Christian C. Moesch, Tobias Christ, Patrick Fischer, Christoph Hochuli, Bruno Lötscher, Oliver Bolliger, Melanie Nussbaumer»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

## 1. Ausgangslage

Von einer Post-Covid-19-Erkrankung spricht man, wenn Symptome drei Monate nach einer SARS-CoV-2-Infektion neu auftreten oder fortbestehen und mindestens zwei Monate andauern. Häufige Beschwerden sind Fatigue, Belastungs- und orthostatische Intoleranz, kognitive Einschränkungen, Schlafstörungen, Kopfschmerzen sowie Atemnot. Diese Symptome beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit und Lebensqualität der Betroffenen oft erheblich.

Die Prävalenz von Post-Covid-19 in der Allgemeinbevölkerung wird weltweit auf 6 bis 7% bei Erwachsenen und rund 1% bei Kindern geschätzt<sup>1</sup>. Für die Region Basel liegen keine spezifischen Erhebungen vor. Schweizer Studien zeigen eine Spannweite von 10 bis 25%, während Fachpersonen der Post-Covid-19-Sprechstunden im Kanton Basel-Stadt die aktuelle Häufigkeit auf höchstens 10% schätzen. Zudem berichten sie von einer rückläufigen Zahl an Neuerkrankungen.

Die zugrunde liegenden Mechanismen sind bisher nicht abschliessend geklärt. Diskutiert werden unter anderem Fehlregulationen des Immunsystems mit persistierender Entzündung, Funktionsstörungen der Gefässinnenwände mit Mikrozirkulationsstörungen sowie das Verbleiben von Viruspartikeln. Wahrscheinlich wirken mehrere Mechanismen zusammen, was die Vielfalt der betroffenen Organsysteme erklärt. Eine spezifische, durchschlagend wirksame Therapie existiert bislang nicht; empfohlen wird ein multimodaler, symptombasierter Behandlungsansatz.

Bei der Behandlung von Patientinnen und Patienten mit Post-Covid-19-Erkrankung haben die Hausärztinnen und Hausärzte eine zentrale Funktion als erste Anlaufstelle und nehmen eine koordinierende Funktion in der Behandlung ein. Eine Schweizer Erhebung im Dezember 2023 konnte zeigen, dass die Belastung von Hausarztpraxen durch Konsultationen von Post-Covid-19-Patienten gering ist und vergleichbar ist mit ähnlichen chronischen Krankheitsbildern<sup>2</sup>. Im Kanton Basel-Stadt existiert des Weiteren – auch im Kantonsvergleich – ein sehr grosses regionales Angebot von spezialisierten Sprechstunden, an die schwer betroffene Patientinnen und Patienten überwiesen werden können. Informationen zum Behandlungs- und Beratungsangebot für Personen, die von einer Post-Covid-19 Erkrankung betroffen sind, sind inzwischen sehr gut zugänglich, z.B. über

<sup>1</sup> Al-Aly Z, Davis H, McCorkell L, Soares L, Wulf-Hanson S, Iwasaki A, Topol EJ. Long COVID science, research and policy. Nat Med. 2024 Aug;30(8):2148-2164. doi: 10.1038/s41591-024-03173-6. Epub 2024 Aug 9. PMID: 39122965.

<sup>2</sup> [sentinella-long-covid-schlussbericht.pdf](#).

die kantonale Website<sup>3</sup>, die Website des Bundesamtes für Gesundheit<sup>4</sup> oder das Netzwerk Altea<sup>5</sup>. Letzteres wird seit Bestehen vom Kanton Basel-Stadt jährlich finanziell unterstützt.

Eine vom Bundesamt für Sozialversicherungen beauftragte Analyse von 500 Falldossiers erlaubt erstmals einen längerfristigen Blick auf die Auswirkungen von Long Covid in der Invalidenversicherung (IV) zwischen den Jahren 2021 und 2023<sup>6</sup>. Die Zahl der Fälle stieg zunächst an, ist jedoch seit dem Jahr 2023 leicht rückläufig. Mit 1,8% stellen Long-Covid-Erkrankungen nur einen kleinen Anteil der IV-Neuanmeldungen dar. Auffällig ist jedoch, dass 90% der Betroffenen zu Beginn vollständig arbeitsunfähig sind. Verbesserungen treten meist innerhalb der ersten zwei Jahre nach Diagnosestellung auf. Dennoch bleibt insbesondere bei älteren Menschen oder Personen mit Vorerkrankungen ein erheblicher Anteil auch nach zwei Jahren voll arbeitsunfähig. Sie beziehen häufiger eine Rente als Vergleichspatientinnen und Vergleichspatienten (12% gegenüber 9%). Angesichts von insgesamt 251'000 IV-Rentnerinnen und Rentnern (2023) und jährlich rund 22'300 Neurenten ist der Beitrag von Long Covid zu den Neurenten zwar gering, für die Betroffenen jedoch einschneidend.

Um die aktuelle Versorgungssituation für Patientinnen und Patienten mit Post-Covid-19-Erkrankung besser erfassen zu können, veranlasste das Gesundheitsdepartement einen Austausch mit den Verantwortlichen der drei Spezialsprechstunden im Universitätsspital Basel, im REHAB Basel und im St. Claraspital. Zusätzlich wurden Vertreterinnen und Vertreter der Medizinischen Gesellschaft Basel sowie der «mfe – Haus- und Kinderärzte Schweiz» zur Versorgungssituation befragt. Die Erkenntnisse aus den Gesprächen sind bei der Beantwortung der Fragen berücksichtigt worden.

## 2. Beantwortung der einzelnen Fragen

1. *Wie die Sensibilisierung und Aufklärung für Long Covid im Kanton Basel-Stadt bei Fachpersonen im Gesundheitswesen und in den Sozialversicherungen erhöht werden kann? Welche Möglichkeiten sieht die Regierung, damit die Diagnosestellung von Long Covid beschleunigt wird?*

Die Diagnose der Post-Covid-19-Erkrankung hat im Zuge der Covid-Pandemie grosse mediale Aufmerksamkeit erhalten. Dadurch hat sich das Wissen über dieses Krankheitsbild sowie dessen Wahrnehmung in der Bevölkerung deutlich erhöht. Insbesondere Hausärztinnen und Hausärzte als zentrale Grundversorgerinnen und -versorger waren verstärkt mit entsprechenden Fällen konfrontiert und haben sich gezielt Fachwissen aneignen müssen.

Ein Gremium von Fachpersonen hat mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung des Bundesamts für Gesundheit (BAG) einheitliche Empfehlungen zur Diagnose und Behandlung der Post-Covid-19-Erkrankung erarbeitet. Diese richten sich insbesondere an Hausärztinnen und Hausärzte sowie weitere Fachpersonen der Grundversorgung und Rehabilitation.<sup>7</sup>

Mit den drei spezialisierten Sprechstunden am Universitätsspital Basel, im REHAB Basel und im St. Claraspital verfügt der Kanton Basel-Stadt zudem über ein dichtes Expertennetzwerk. Ergänzend wurden seit dem Bekanntwerden der Post-Covid-19-Erkrankung verschiedene Fortbildungsveranstaltungen zu diesem Thema durchgeführt, wodurch sich das Bewusstsein für die Krankheit stetig verbessert hat und das Fachwissen bei den Gesundheitsfachpersonen weiter gestiegen ist.

---

<sup>3</sup> [Grippe, Corona und Co. | bs.ch](https://www.grippe.corona.bs.ch).

<sup>4</sup> [Post-Covid-19-Erkrankung](#).

<sup>5</sup> [Altea Network: long-term consequences of the coronavirus and what helps](#).

<sup>6</sup> [BSV \(Bundesamt für Sozialversicherungen\). Auswirkungen von Long Covid auf die IV – Analyse von Falldossiers 2021–2023. Bericht 2023.](#)

<sup>7</sup> [RecomPostCovid19-DE-A4-FINAL.pdf](#).

Die REHAB Basel, die Klinik für Neurorehabilitation und Paraplegiologie, ist auf die Betreuung von Post- und Long-Covid-Patientinnen und -Patienten spezialisiert. Sie pflegt eine rege Zusammenarbeit mit der IV-Stelle Basel-Stadt (IVBS), was die Sensibilisierung und Aufklärung des Regionalärztlichen Dienstes (RAD) und der Mitarbeitenden der IVBS sicherstellt. Aus Sicht des Regierungsrates wird durch das gemeinsame Verständnis in der Beratung und Begleitung von Post-Covid-19-Patientinnen und -Patienten eine umfassende Betreuung dieser Patientengruppe durch die zentralen Stellen (REHAB Basel und IVBS) bereits gewährleistet.

2. *Wie stellt sich die Regierung zur zukünftigen Versorgungslage bei den Kompetenzzentren und Spezialsprechstunden für Long Covid sowie ME/CFS im Kanton Basel-Stadt?*

Mit den drei Spezialsprechstunden am Universitätsspital Basel, im REHAB Basel sowie im St. Claraspital verfügt der Kanton Basel-Stadt über ein gut ausgebautes Expertennetzwerk. Rückmeldungen dieser Kompetenzzentren zeigen, dass die aktuellen Wartezeiten zwei bis drei Monate betragen. Gegenwärtig ist bereits eine Abnahme der Neuanmeldungen in den Spezialsprechstunden zu beobachten. Experten gehen davon aus, dass die Inzidenz von Post-Covid-19-Erkrankungen künftig eher abnehmen wird, da das SARS-CoV-2-Virus in der Schweiz mittlerweile endemisch ist. Durch Impfungen und wiederholte Infektionen besitzt ein grosser Teil der Bevölkerung eine gewisse Immunität, die bei erneuten Infektionen zu mildereren Akutverläufen führt und damit tendenziell auch die Häufigkeit von Post-Covid-19-Erkrankungen reduziert. Zudem hat sich das SARS-CoV-2-Virus kontinuierlich evolutionär weiterentwickelt. Die neueren Varianten verursachen im Durchschnitt milde Infektionen, was wiederum mit einem geringeren Risiko für Post-Covid-19-Erkrankungen einher geht. All diese Faktoren sollten zukünftig zu einer weiteren Entlastung der Spezialsprechstunden führen.

Auch eine Rückfrage bei Vertreterinnen und Vertretern der Medizinischen Gesellschaft Basel sowie der «mfe – Haus- und Kinderärzte Schweiz» hat ergeben, dass aus Sicht der Hausärzteschaft derzeit keine grundsätzlichen Versorgungsdefizite für Post-Covid-19-Patientinnen und -Patienten bestehen. Die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte können die Behandlung von leicht und mittelschwer betroffenen Personen gut gewährleisten. Gleichzeitig begrüssen sie die Möglichkeit, schwerer Erkrankte zur Diagnostik und zur Einleitung einer gezielten Therapie an die Spezialsprechstunden überweisen zu können.

3. *Ob und wie sich der Kanton Basel-Stadt an Studien, die Long Covid und ME/CFS erforschen, wie es beispielsweise die EU tut, beteiligen kann?*

Der Kanton Basel-Stadt beteiligte sich finanziell an der vom Schweizerischen Tropen- und Public-Health-Institut durchgeführten COVCO-Basel-Studie. Diese untersuchte den Verlauf und die Auswirkungen der Corona-Virus-Pandemie sowie Fragen zu Gesundheit und Wohlbefinden in der Bevölkerung der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Für die Zukunft liegen Pläne vor, die Studie als Langzeit-Kohortenstudie COVCO+ weiterzuführen. Diese breit angelegte Untersuchung ermöglicht Erkenntnisse zu den Auswirkungen der Corona Virus Pandemie und weit darüber hinaus und stellt daher aus Sicht des Regierungsrats eine sinnvolle Investition in die Erforschung von Einflüssen von Umwelt und Umgebung für die Gesundheit der Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt dar.

Die gezielte Förderung einzelner, thematisch sehr eng begrenzter Forschungsinteressen – etwa im Bereich Post-Covid-19 – fällt hingegen nicht in die Zuständigkeit des Kantons. Ein solches Vorgehen wäre im Verhältnis zur bisherigen kantonalen Forschungsförderung, insbesondere im Bereich anderer chronischer Krankheiten, nicht angezeigt.

4. *Sind der Regierung Projekte zur Verbesserung der Versorgungslage von Long Covid-Patient\*innen aus anderen Kantonen bekannt? Und was kann davon in Basel- Stadt übernommen werden?*

Den Vertretern der Post-Covid-19-Spezialsprechstunden sind in den umliegenden Kantonen keine Projekte bekannt, die vom Kanton Basel-Stadt übernommen werden könnten. Eine Umfrage unter den Schweizer Kantonsärztinnen und Kantonsärzten zu innovativen Projekten im Rahmen der Verbesserung der Versorgungslage ergab ebenfalls keine neuen Erkenntnisse. Zu den Spezialsprechstunden in Basel-Stadt melden sich häufig auch Patientinnen und Patienten aus den umliegenden Kantonen an. Aus Ressourcengründen müssen diese teils abgewiesen werden.

Der Kanton Basel-Stadt beteiligt sich finanziell mit einem jährlichen Beitrag am Long-COVID-Netzwerk seit dessen Einrichtung: ALTEA ist ein Netzwerk für Betroffene, Angehörige, medizinische Fachpersonen, Forschende und andere Interessierte. Auch die IVBS führt kein eigenes Projekt für Long-Covid-Patientinnen und – Patienten; sie hat allerdings ein speziell geschultes Team zur Beratung und Begleitung dieser Patientengruppe. Hierfür stehen diesem Team zusätzliche Ressourcen für die intensivere individuelle Betreuung der betroffenen Personen sowie zusätzliche Weiterbildungsmöglichkeiten zur Verfügung. Im Mittelpunkt der Arbeit der IVBS steht jedoch grundsätzlich nicht die Diagnose, sondern die Bestimmung der individuellen Einschränkungen der Leistungsfähigkeit.

5. *Wie kann der Kanton Einfluss darauf nehmen, dass Betroffene aufgrund des langwierigen Prozesses keine Rückfälle (Post-Exertional-Malaise, PEM) im Krankheitsverlauf erleiden?*

Um Rückfälle zu vermeiden ist die Qualität der Behandlung entscheidend. Diese liegt primär bei den Fachstellen, die im Kanton Basel-Stadt aus Sicht des Regierungsrats gut aufgestellt sind und über ein umfassendes Fachwissen verfügen. Der multimodale und interdisziplinäre medizinische Therapieansatz, zusammen mit den eng begleiteten Eingliederungsprozessen durch die IVBS, unterstützt den langwierigen Genesungs- und Reintegrationsprozess auf verschiedenen Ebenen.

Das REHAB führt einen begleiteten Stammtisch, wo sich die Betroffenen austauschen können. Im Universitätsspital Basel läuft aktuell eine Studie zu einer Digitalen Intervention für Patientinnen und Patienten mit Long COVID (DiLCoS), welche die effiziente Wissensvermittlung an die Betroffenen unterstützt und das Selbstmanagement verbessern soll. Rückfälle können damit jedoch nicht gänzlich verhindert werden.

Der Eingliederungsprozess durch die IVBS wird sehr engmaschig und individuell begleitet, auch unter Einbezug der behandelnden Ärztinnen und Ärzte sowie weiterer Stellen. Dieser Prozess kann langwierig sein, insbesondere, wenn die Massnahmen überwacht und angepasst werden müssen. Trotz der individuellen Begleitung können Rückfälle durch PEM nicht in jedem Fall verhindert werden und treten mitunter auch in anderen Alltagssituationen auf. Eine Rentenprüfung erfolgt indes nur dann, wenn die IVBS alle Massnahmen zur Eingliederung ausgeschöpft hat und keine Steigerung des Eingliederungspotentials mehr möglich ist.

6. *Wie können Arbeitgeber im Kanton Basel- Stadt dafür sensibilisiert werden, dass ein Wiedereinstieg aus Sicht medizinischer Expert\*innen meist tiefprozentig und auf die Woche verteilt stattfinden sollte?*

Der Regierungsrat ist sich der zentralen Bedeutung einer professionellen Beratung und Begleitung der Arbeitgebenden für eine erfolgreiche Eingliederung von Post-Covid-19-Patientinnen und -Patienten in den Arbeitsprozess bewusst. Er unterstützt deshalb das Bestreben der IVBS, diese Patientengruppe eng zu betreuen und auch die Arbeitgebenden in den Eingliederungsprozess miteinzubeziehen. Durch diese gute Zusammenarbeit sind viele Arbeitgebende bereit, den betroffenen

Personen ausreichend Zeit für eine nachhaltige Eingliederung einzuräumen. Mit finanzieller Unterstützung (Taggeldleistungen, zusätzliche Beiträge im Rahmen der Integrationsmassnahmen) kann die längere Dauer der Eingliederung zudem entlastet werden.

7. *Wie stellt sich das Gesundheits- und Sozialdepartement zum Vorschlag, dass temporäre Unterstützungsleistungen (eine Art temporäre IV-Rente) in speziellen Fällen wie schwerem Long Covid oder schwerem ME/CFS ausgesprochen werden können?*

Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen der Invalidenversicherung sehen keine Grundlage für die Ausrichtung einer temporären Rente vor, es können lediglich im Rahmen von Eingliederungsmassnahmen Taggelder ausgerichtet werden. Für den Anspruch auf eine IV-Rente ist zwingend eine einjährige Wartefrist einzuhalten. Zudem gilt im System der Invalidenversicherung der Grundsatz «Eingliederung vor Rente». Auch eine zugesprochene Rente kann grundsätzlich nur vorübergehend gewährt werden, sofern sich der Gesundheitszustand der betroffenen Person verbessert.

Neben der Invalidenversicherung – bzw. vorgelagert zu dieser – greifen im Falle einer länger andauernden Erkrankung weitere Sozialversicherungen. Arbeitnehmende haben zunächst Anspruch auf Lohnfortzahlung durch die Arbeitgeberin oder den Arbeitgeber. In vielen Fällen besteht zusätzlich ein Anspruch auf Krankentaggelder als Lohnersatzleistung. Nach Ablauf der Lohnfortzahlungspflicht kann – bei bestehender Restarbeitsfähigkeit – Arbeitslosentaggeld bezogen werden. Wurde einer versicherten Person in der Vergangenheit bereits eine IV-Rente zugesprochen und diese aufgrund einer gesundheitlichen Besserung reduziert oder aufgehoben, besteht ein Anspruch auf Arbeitslosentaggeld auch ohne Erfüllung der erforderlichen Beitragszeit. Als letztes Netz greift die wirtschaftliche Sozialhilfe. Bei Vorliegen einer IV-Rente besteht zudem ein Anspruch auf Ergänzungsleistungen.

8. *Die Long-Covid-Sprechstunden sind gemäss medizinischen Expert\*innen anspruchsvoll und benötigen viel Zeit, sowie ein interprofessionelles Team. Werden diese Kosten in den Augen der Regierung aktuell im Tarmed genügend abgebildet?*

Nach Einschätzung der medizinischen Expertinnen und Experten der Post-Covid-19-Sprechstunden im Kanton Basel-Stadt waren die Kosten für die anspruchsvolle, interdisziplinäre Behandlung bis Ende des Jahres 2025 im TARMED-Tarif unzureichend abgebildet. Vergleichbare Diskrepanzen bestanden jedoch auch bei anderen komplexen chronischen Erkrankungen, die einen intensiven interdisziplinären Austausch zwischen verschiedenen Berufsgruppen erfordern und in hohem Masse zeitintensive Gesprächsführung notwendig machen. Diese Aspekte waren im Tarif nur ungenügend berücksichtigt.

Es bleibt abzuwarten, inwiefern die Umstellung des schweizerischen Gesamttarifsystems per Januar 2026 – mit der Einführung der Einzelleistungstarifstruktur TARDOC und der ambulanten Pauschalen – die Situation verbessern wird.

9. *Gibt es aus Sicht der Regierung genügend spezialisierte ambulante, rehabilitative Massnahmen sowie genügend ambulante Pflegeunterstützung im Umgang mit Menschen mit Long Covid und ME/CFS? Falls nein, wie kann dies verbessert werden?*

Der Kanton Basel-Stadt verfügt mit dem Universitätsspital Basel, dem REHAB Basel und dem St. Claraspital über drei spezialisierte Anlaufstellen für die ambulante und rehabilitative Betreuung von Patientinnen und Patienten mit Post-Covid-19-Erkrankung.

Die weiterführende ambulante Behandlung wird jedoch ebenso durch die regulären Versorgungsstrukturen getragen. Dazu gehören insbesondere die Hausärztinnen und Hausärzte sowie Fachpersonen aus Physiotherapie, Ergotherapie, Schmerzmedizin, Spitex, Psychologie und auch aus dem Bereich der Komplementärmedizin.

### 3. Fazit und Ausblick

Der Regierungsrat hält die Versorgungslage für Patientinnen und Patienten mit Post-Covid-19 Erkrankung im Kanton-Basel für gut ausgebaut und sieht gegenwärtig keine Notwendigkeit für die finanzielle Unterstützung zusätzlicher Massnahmen.

Der Regierungsrat weist ausserdem darauf hin, dass das Parlament und der Bundesrat im September 2025 die Motion für eine nationale Strategie zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen mit ME/CFS und Long Covid angenommen hat<sup>8</sup>. Das BAG wurde beauftragt, bis zum Sommer 2027 eine entsprechende Strategie vorzulegen unter Einbindung der relevanten Akteure aus Medizin, Wissenschaft, Kantonen, Sozialversicherungen und betroffenen Organisationen. Im Rahmen der Erarbeitung und Umsetzung der Strategie wird die Versorgungslage von Post-Covid-19-Patientinnen und -Patienten im Kanton Basel-Stadt laufend beobachtet und ein allfälliger zusätzlicher Handlungsbedarf geprüft.

### 4. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend «Massnahmen zur Unterstützung von Long Covid Erkrankten» abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer  
Regierungspräsident



Marco Greiner  
Vizestaatsschreiber

---

<sup>8</sup> [24.4452](#) | Nationale Strategie zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen mit ME/CFS und Long Covid | Amtliches Bulletin | Das Schweizer Parlament.